



II-2458 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
Vizekanzler
DIPL.-ING. JOSEF RIEGLER

A-1014 Wien, Minoritenplatz 3
Tel. (0222) 531 15/2830
DVR: 0000019

Zl. 353.270/13-I/6/91

19. Juni 1991

An den
Präsidenten des Nationalrats
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

940 IAB

1991-06-20

zu 1080 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.Soz.Arb. Srb und FreundInnen haben am 14. Mai 1991 unter der Nr. 1080/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Einstellung von behinderten Menschen nach dem Behinderteneinstellungsgesetz gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wie hoch ist die Pflichtzahl für den Bereich Ihres Ministeriums für 1991?
2. Wie hoch ist die Anzahl der tatsächlich besetzten Pflichtstellen in dem unter Pkt. 1 angeführten Bereich im Kalenderjahr 1991?
3. Wie hoch ist die Anzahl der offenen Pflichtstellen in Ihrem Bereich für 1991?
4. Wie hoch war die Ausgleichsabgabe, die für den Bereich Ihres Ministeriums im Jahr 1990 an den Ausgleichstaxfonds geleistet werden mußte?
5. Sind Sie als der für Ihr Ministerium politisch Verantwortliche grundsätzlich bereit, sich verstärkt für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen gerade in Ihrem Bereich einzusetzen und somit den anderen Bundesministerien mit gutem Beispiel voranzugehen?
Wenn nein, warum nicht?
6. Welche konkreten Maßnahmen haben Sie in dieser Causa im vergangenen Jahr gesetzt?"

- 2 -

7. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie in dieser Causa setzen?

8. Wann werden Sie diese konkreten Maßnahmen setzen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Eine Beantwortung dieser Fragen ist mir nicht möglich, da meinem Wirkungsbereich kein eigener Personalstand zugeordnet ist. Meine Mitarbeiter gehören dem Personalstand des Bundeskanzleramtes an. Ich darf daher auf die Anfragebeantwortung des Herrn Bundeskanzlers zu Anfrage Nr. 979/J verweisen.

Zu Frage 4:

Der Dienstgeber Bund wird als eine Einheit angesehen und gegenüber dem Ausgleichstaxfonds vom Bundeskanzler vertreten. Ich darf auch hier auf die Anfragebeantwortung des Herrn Bundeskanzlers zu Anfrage Nr. 979/J verweisen.

Zu den Fragen 5 bis 8:

Die Integration behinderter Menschen in das Berufsleben ist mir - wie der gesamten Bundesregierung - ein wesentliches Anliegen. Als meine spezifische Aufgabe sehe ich es an, diesen Aspekt auch in das Projekt der Verwaltungsreform einzubringen: Verwaltungsreform ist so zu gestalten, daß trotz einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung genügend Spielraum bleibt, behinderten Menschen eine sinnvolle Arbeit zu übertragen.

